Posener Zeitung.

№ 275. Freitag den 24. November. 1848.

Inland.

Posen. (Sitzung der Stadtverordneten vom 22. November.) Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt. — Das Dienstreglement für die Armenpflege kommt zur Berathung. Der Entwurf des Geschäfts-Reglements ist inzwischen lithographirt worden und liegt sämmtlichen Stadtverordneten vor. Die §§. desselben kommen einzeln zur Berathung, indem Herr Bielefeld den Kommissionsbericht erstattet. Es werden viele Amendements gestellt; zum Beschluß erhoben werden von der Versammlung hauptsächlich folgende: 1) Der Stadt-Armen-Deputation sollen angehören 10 Mitglieder der Bürgerschaft; 2) Um beschlußfähig zu sein, müssen 3 Bürgerdeputirte gegenwärtig sein; 3) Der Magistrat soll ersucht werden, der Kommission die Hausordnungen und Instruktionen mittheilen zu wollen; 4) Unterstützungen, welche in der Zwischenzeit zwischen zwei Sitzungen der Deputation verabreicht werden, sollen den Betrag von 15 Sgr. nicht überschreiten. — In allen übrigen Punkten tritt die Versammlung dem Magistrats-Entwurfe bei. — Die Tagesordnung wird unterbrochen durch einen dringlichen Antrag, welchen der Stadtverordnete Müller einbringt und demnächst in ausführlicher Rede motivirt. Derselbe lautet: „Die Versammlung wolle sich darüber erklären, ob sie das Recht der in Berlin zurückgebliebenen Mitglieder der Nationalversammlung, gültige Beschlüsse zu fassen, und somit in specie die dekretirte Steuerverweigerung anerkenne oder nicht.“ Der Antrag wird getheilt und kommt der zweite Satz zuerst zur Abstimmung; das Recht, die Steuerverweigerung zu dekretiren wird verworfen bei namentlicher Abstimmung mit 20 Stimmen gegen 1 Stimme. (Der Stadtverordnete v. Crousaz hatte motivirte Tagesordnung in folgender Fassung beantragt: „In Erwägung, daß der Beschluß der National-Versammlung nichts weiter bezweckt, als eine Aufforderung an die Behörden, die eingehenden Steuern nicht zur Verfügung des als verfassungsmäßig nicht anerkannten Ministeriums Brandenburg zu stellen, in Erwägung, daß es den Behörden überlassen bleiben muß, in welcher Weise sie ihre Pflicht in dieser Sache auffassen, geht die Stadtverordneten-Versammlung zur Tagesordnung über.) Die erste Frage wird beantwortet mit Nein von den Stadtverordneten: Müller, Kniffka, Ordelin, Bielefeld, Asch, Scheller, Krüger, Klug, Träger, Wendland, Behr, Königsberger, Baarth, Jonas, Hirsch und Knorr, mit Ja von den Stadtverordneten v. Crousaz und Mamroth. Es enthielten sich der Abstimmung die Mitglieder Jonas und Freudenreich. — Stadtverordneter Träger beantragt, den eben gefaßten Beschluß durch den Preußischen Staats-Anzeiger zu veröffentlichen. — Die Wahl des neuen Stadtraths wird vertagt und die Sitzung vom Vorsteher für aufgehoben erklärt. — In Folge eines nachträglich vom Stadtverordneten Hrn. Klug schriftlich überreichten Antrages wird jedoch die Sitzung unmittelbar darauf, ehe noch eines der anwesenden Mitglieder sich entfernt hat, auf's Neue eröffnet. Jener Antrag lautet: Die Versammlung wolle beschließen, nachstehende Adresse als die ihrige an den König abgehen zu lassen:

> Majestät! In gegenwärtiger bedrängter Zeit, wo man von so vielen Seiten die verhängnißvollen Worte hört: „Das Vaterland ist in Gefahr“, fühlen die gesetzlichen Vertreter der Stadt Posen, die das Wohl des Vaterlandes von dem des Thrones nicht zu trennen vermögen, das Bedürfniß: Ew Majestät ihre unwandelbare Treue und Anhänglichkeit ehrerbietigst zu versichern.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen. — Schluß der Sitzung 6 Uhr.

* Posen den 23. Navember. Der zurückgebliebene Theil der Nationalversammlung hat für die Zeit, bis auch ihr Interesse durch die wieder frei gewordene Berliner Presse werde vertheidigt werden können, eine besondere Correspondenz eröffnet, um damit die auswärtigen Zeitungen zu beschicken. Auch uns sind bis jetzt zwei Nummern dieser Correspondenz zugegangen und wir werden nicht verfehlen, um das audiatur et altera willen pars diese Einläufe unter der Chiffre P. P. zum theilweisen Abdruck zu befördern.

PP Berlin den 19. November. Aus dem Kreise Friedeberg in der Neumark wird uns von sicherer Hand gemeldet, daß der Preußenverein, von Landrath und Communalbehörden unterstützt, die Adressen an die National-Versammlung zu verhindern gesucht und zu diesem Zwecke Plakate abgerissen, Emissäre in die Lokale gesendet, wo die Adressen auflagen und von den Unterschriften durch List und Ueberredung abgehalten, selbst vollzogene Unterschriften wieder durchstrichen haben. Dabei läßt man es an Verbreitung falscher nnd entstellter Nachrichten über die Berliner Vorgänge nicht fehlen. Trotzdem nimmt der Preußenverein an Mitgliedern ab, und Vereine anderer politischer Richtung wachsen. — Die Landwehrmänner jener Gegend haben erklärt, sie würden sich nich einkleiden lassen, ohne vorher zu wissen, weshalb; in einem Collissionsfalle würden sie zum Volke stehen.

Ein Schreiben aus Striegau in Schlesien d. d. 18. November meldet: So eben werden vom Magistrat die öffentlichen Kassen auf das Rathhaus gebracht, auch wird der Sicherheitsausschuß heut gewählt. Der ganze Kreis zahlt keine Steuer mehr. In einer heut Nachmittag abzuhaltenden Volksversammlung wird der Antrag an die National-Versammlung gerichtet werden, das Militair durch Beschluß von seinem bisherigen Eide zu entbinden — Die Landleute der Grafschaft Glatz drohen ihren im Heere stehenden Söhnen mit Fluch und Enterbung, wenn sie sich zu landesverrätherischen Zwecken noch ferner mißbrauchen lassen.

CC Berlin, den 20. Novbr. Berlin hat seine alte Physiognomie wieder angenommen und wären nicht die Schildwachen, welche sämmtlich den Hahn halb gespannt und die Zündhütchen aufgesteckt haben, so würde man durch kein äußeres Zeichen an den Belagerungszustand, der überhaupt bisher mit der größten Schonung gehandhabt wurde, erinnert. Bis heute sind zwischen 17—18,000 Gewehre unserer tapferen Bürgerwehr in den Händen der Militairbehörde; die wenigen tausend noch fehlenden, werden ohne Zweifel in zwei höchstens drei Tagen ebenfalls eingesammelt sein, und dann wird hoffentlich auch im Buchstaben der Belagerungszustand aufgehoben werden, welcher dem Wesen nach schon jetzt sein Ende erreicht hat. Mit ihm werden wir dann gewiß auch von dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel erlöst sein, dessen zehntägige Existenz hingereicht hat, das konstitutionelle Königthum in seinen Grundfesten zu erschüttern. — Der Concertsaal und die Appertinenzlokale der National-Versammlung werden heut ihrer parlamentarischen Meubel entledigt. Vorläufig werden dieselben noch nicht nach Brandenburg gebracht, sondern hier am Orte deponirt. — Das Rumpfparlament will dem Vernehmen nach heute tagen, wo? daraus scheinen die Herrn ein Geheimniß zu machen. Der eben gedruckte Petitionsbericht von Elsner enthält 583 Zustimmungsadressen an die National-Versammlung darunter von auswärtigen Ständeversammlungen folgende: Oldenburg, Dessau, Köthen, den beiden Mecklenburg und Hamburg. — Es sollen noch mannichfache Veränderungen unter den Beamten bevorstehen. Insbesondere spricht man, daß die Beamten des hiesigen Polizei-Präsidii dem Herrn v. Bardeleben folgen werden.

— So eben nach Schluß unseres Berichts geht uns ein Schreiben des Abgeordneten Arnold aus Hochstrieß bei Danzig zu, nebst einer Ansprache desselben an seine Landsleute, worin er auf's energischste für die Rechte der Krone und gegen das ungesetzliche Gebahren des Rumpfparlaments sich ausspricht.

PC Berlin den 20. Novbr. Die Stimmung in Berlin wird zusehends beruhigter, und eine leidenschaftslosere Erwägung der Schritte der Regierung und ihrer Berechtigung greift mehr und mehr Platz. Einen sehr bedeutenden Einfluß in dieser Beziehung hat das durchaus schonende und maaßvolle Auftreten des Oberbefehlshabers v. Wrangel, und namentlich auch die Haltung der Truppen selbst, geübt. Wenn man bedenkt, daß die Truppen die Stadt Berlin, in Erinnerung an die Märztage, nicht ohne bittere Empfindungen wieder betreten konnten, so wird man ihnen gewiß die höchste Anerkennung nicht versagen dürfen, wenn man sie jetzt, jeder Unordnung und jedem Excesse fremd, fortdauernd mit Maaß, Besonnenheit und Anstand ihrer Pflicht nachkommen sieht. — Die Militairmacht ist noch in derselben Stärke geblieben. Sie besteht aus 3 Bataillonen des 2. Garde-Rgts. z. F., 3 Bat. Alex.-Grenad., 3 Bat. Franz-Grenad., 3 Bat. des 12., 3 Bat. des 24., 2 Bat. des 2., 2 Bat. des 9., 1 Bat. des 20. und 1 Bat. des 31. Infanterie-Regiments, dem Garde-Jäger-Bat. und der 3. Jäger-Abtheilung. Dann 2 Schwadronen Kavallerie und etwa 36 Geschütze, zusammen 18,000 Mann. Diese Truppen stehen unter dem Kommando des Generals v. Thümen. Sie sind fast sämmtlich in solchen Königlichen Gebäuden untergebracht, deren Besitz entscheidend für die Behauptung der Stadt ist. Sie werden sehr gut verpflegt, wobei ein großer Theil der Berliner Bürger auf das Bereitwilligste hülfreiche Hand leistet; die Zufuhr von Lebensmitteln vom Lande ist sehr bedeutend. 25 Schwadronen Garde- und Linien-Kavallerie mit verhältnißmäßig starker Artillerie und mit Infanterie-Repli's, gegen 6000 Mann, unter Kommando des General v. Prittwitz, haben die Stadt von Außen cernirt. Potsdam ist mit 3 Bat. Garde, 5 Schwadronen Garde- und Linien-Kavallerie und ½ Batterie besetzt. — Der Gesundheitszustand der Truppen ist, den Verhältnissen nach, vorzüglich.

Das Kammergericht hat in seiner heutigen Sitzung den Beschluß der Einstellung der Rechtspflege zurückgenommen, und zwar, wie man sagt, aus Veranlassung des Protestes, welchen eine Anzahl von in der neulichen Sitzung nicht anwesenden Mitgliedern gegen den Beschluß des unvollzähligen Gerichts erlassen hatte.

Die Deputirten der Gemeinderäthe zu Köln, Aachen, Koblenz und Trier, welche zu dem hierher ausgeschriebenen Städtetage nach Berlin gekommen sind, haben sich heute im Staatsministerium gemeldet. Welche Stellung sie dem Tages-Konflikte gegenüber einnehmen wollen, weiß man nicht; wir hoffen, eine versöhnende und vermittelnde.

CC Berlin, den 21. Nov. Der gestern ausgegebene fünfte Bericht der Petitions-Commission führt gegen 600 Zustimmungsadressen an die National-Versammlung in Bezug auf den Conflikt derselben mit der Regierung auf. Wir dürfen wohl annehmen, daß dieselben aus der Zeit vor Bekanntwerdung der Steuerverweigerung, aus der Zeit vor dem kühnen Griffe des Herrn v. Kirchmann in das Höllengebrodel der Anarchie datiren, da wir nicht bezweifeln, daß der gesunde Sinn des Volkes seit diesem Augenblicke eben so wenig mehr Sympathieen für das Rumpfparlament als für das Ministerium Brandenburg-Manteuffel hegt.

Im übrigen aber, wenn wir Zahl und Herkunft der Adressen ins Auge fassen, können wir die Freude nicht theilen, welche Herrn Elsner die Schlußworte des Berichtes eingab: „Dies sind wahrlich höchst unzweideutige Aeußerungen! Eben so unzweideutig für uns, wie für die Räthe der Krone!“ Es sind Adressen der Kommunalbehörden von 67 Städten und der Ortsgerichte, Gemeinden und Bürgerschaften von circa 100 Flecken und Dörfern; die übrigen circa 400 Adressen sind von demokratischen und constitutionellen Vereinen, von Volksversammlungen u. s. w. — Wer irgend einmal Gelegenheit genommen, einer Volksversammlung oder den Sitzungen eines sogenannten politischen Vereins hier oder anderswo beizuwohnen, weiß aus welchen Elementen dergleichen zusammengesetzt, und was auf Adressen, die aus ihnen hervorgehen, zu geben ist. Vagirende Tagesscribenten, unbeschäftigte Ladenjunker und arbeitslose Arbeiter sind wahrlich nicht diejenigen, welche berufen sind, die Willensäußerung des Volkes zu repräsentiren. Darum geben wir auf die 400 Adressen von Clubs ꝛc. sehr wenig oder gar nichts. Aber die Adressen der Kommunal-Behörden, der Ortsgerichte u. s. w.? Sie vertreten etwa 70 Städte und 100 Flecken und Dorfschaften, und der preußische Staat zählt 979 Städte, 340 Flecken und 36,000 Dörfer. Den Schluß aus diesen Zahlen überlassen wir jedem selbst.

In einzelnen Städten und Städtchen Sachsens hat sich der Magistrat für die Steuerverweigerung erklärt, nicht, wie man versichert, aus eigenem An-

triebe, sondern gezwungen von dem Terrorismus, den die kleine aber vor keinem Mittel zurückbebende Faktion der Demokraten gegen die große, aber indolente Masse der Bessergesinnten ausübt. Daß sowohl der Breslauer Magistrat als der Ober-Präsident Pinder nur im Schrecken vor den als „Volk“ sich gerirenden Clubb's gehandelt, ist eine unläugbare Thatsache und Aehnliches wird aus Sachsen berichtet. Wie oft, bis zur endlichen Regelung unserer Zustände, werden wir noch an das kräftige aber gerechte Wort erinnert werden, mit dem neulich ein Redner in der französischen National-Versammlung die Straflosigkeit der anarchischen Bestrebungen als die ansteckende Krankheit des Jahres 1848 bezeichnete: die Krankheit, die die ehrlichen Leute in der Form eines blinden Schreckens vor einer Handvoll Schurken befallen habe! — So wenig wir uns sonst mit den Härten eines Belagerungszustandes befreunden können, die Gerechtigkeit müssen wir ihm widerfahren lassen, daß unter ihm die ehrlichen Leute freier athmen, als unter dem Laternen-Humanismus eines Herrn Ruge und unter der Volksregierung eines Vater Karbe.

Die Clubleute freilich sind für den Augenblick in ihren unschuldigen Vergnügungen gestört, die Theater dagegen überfüllt, wie nicht ein einziges Mal, seitdem ein Eichler, ein Held, ein Linden-Müller unter dem Vorwande der Freiheit ihre Straßencomödie eröffneten. — Der Kreisausschuß der Preuß.-Sächsischen Demokraten hat einen Aufruf an alle Vereine der Provinz erlassen, dessen Glanzpunkt wir dem Lande nicht vorenthalten wollen, obwohl er etwas stark an Struves Begeisterung für fremdes Geld erinnert. Es heißt nämlich in diesem Ergusse des Patriotismus: „Die Staatsbürger (welche? hoffentlich doch nur die demokratischen) sind verpflichtet, Arrest zu legen auf alle königlichen Cassen.“ Das ist wenigstens deutlich. — Die Demokraten haben einen Preis von 500 Rth. auf den Kopf des Generals Wrangel gesetzt. Wir glauben jedoch, daß, so schwer dieser Kopf auch zu erlangen sein dürfte, die Einkassirung der versprochenen Belohnung doch noch viel größeren Schwierigkeiten unterliegen würde. — Der König hat heute im Schloß Bellevue die Reichskommissäre Hergenhan und Simson empfangen. — Was wir schon vorgestern und gestern berichteten, daß die Fraction des Hotel de Russie der Rechten sich nähere, können wir heut aus sicherster Quelle nur bestätigen, so daß kaum ein Zweifel übrig bleibt, daß am 27. eine reichlich beschlußfähige Versammlung in Brandenburg zusammen kommen wird, auch ohne die beiden Linken, die übrigens ebenfalls schon ausgesprochen haben sollen, daß sie in Brandenburg zur Wahrung ihrer Zwecke nicht fehlen würden. — Der Abgeordnete Jacobi sammelt in diesem Augenblicke für eine demnächst von ihm erscheinende Schrift über die Potsdamer Camarilla Subscribenten. Herr Jacobi scheint seine zahlungsfähigen Verehrer kennen lernen zu wollen. — Die neue Wache neben der Universität wird mit einem eisernen Staket umgeben. Derselbe Schmuck oder Schutz soll den Wachgebäuden am Brandenburger und Potsdamer Thore zugedacht sein. — Von den Abgeordneten der Rechten nach Frankfurt, Ostermann und Reichensperger sind Briefe, die über ihren freundlichen Empfang daselbst berichten, hier eingelaufen.

Potsdam, den 21. Novbr. Die durch ochlokratische Wühlereien veranlaßte Beschädigung der Eisenbahn bildet den Gegenstand einer strengen Untersuchung. Schon haben zahlreiche Verhaftungen statt gefunden; andere stehen noch bevor und mehr als 100 Zeugen sind verhört. Der jüngere Dortu hat sich der Haft durch die Flucht entzogen. Die Eisenbahndirektion beansprucht eine Entschädigung von 120 Thlr. Die Soldaten waren gegen den Frevel um deshalb nicht eingeschritten, weil sie dazu keine Ordre hatten, sondern lediglich zum Transport nach Berlin beordert gewesen waren. Fast täglich kommen Ergebenheitsaddressen aus den Provinzen an Se. Majestät den König, nicht selten von Bauerdeputationen überbracht. Es haben sich dergleichen Deputationen für den Fall der Steuerverweigerung erboten, die Steuern auf ein Jahr vorauszuzahlen. Die Ergebenheitsaddresse aus Potsdam enthält 1500 Unterschriften und parallelisirt vollständig den ultra-demokratischen Bestrebungen für das Gegentheil.

Königsberg, den 17. November. Der Abgeordnete Dr. Jakoby hat sich brieflich dahin ausgesprochen, daß man annehmen könne, die jetzt in Berlin obwaltende Differenz werde bald auf dem friedlichsten Wege und gegen alle Erwartung befriedigend sich lösen. — So meldet die Königsberger Zeitung.

Breslau, den 21. Nov. In unsern heutigen Zeitungen lesen wir einen Aufruf unseres Fürstbischofs, worin er die Bewohner Schlesiens in würdiger Weise auffordert, ihrer Obrigkeit treu zu bleiben und sich nicht von Böswilligen zur Steuerverweigerung verleiten zu lassen.

— Schon vor mehreren Tagen fabelte man von der heimlichen Wegschaffung der Gelder aus den hiesigen Königl. Kassen trotz aller Bürgerwehrwachen; wir konnten dieser Erzählung als einem unverbürgten Gerüchte keinen Glauben schenken; heute indeß schien das Gerücht zu einer Wahrheit werden zu wollen. Gegen 2 Uhr machte die in dem Regierungsgebäude stationirte Bürgerwehr die überraschende Entdeckung, daß in einer Droschke eine nicht — unbedeutende Quantität Geld fortgeschaft werden sollte. Sie trug durchaus kein Bedenken, das Einladen zu inhibiren und den Befehl zur Ausladung zu ertheilen. Ueber die jedenfalls legitimirte Bestimmung des Geldes fehlen uns genauere Angaben.

Halle, den 20. Novbr. Gestern erlebten wir einige Scenen der Unordnung und Gesetzwidrigkeit, die mehr ihres Charakters, als ihres Erfolges wegen von Interesse sind. Die Führer der demokratisch-republikanischen Partei hielten schon Vormittags eine Volksversammlung auf dem Marktplatze, und setzten ihrem Publikum auseinander, daß jetzt gar keine Behörde mehr zu Recht bestehe, und das Volk beschließen und thun könne, was es wolle. Die Bürgerwehr hatte sich indeß ebenfalls eingefunden; und als die Massen nicht weichen und die aufregenden Reden nicht aufhören wollten, säuberte sie den Platz durch Vordringen mit gefälltem Bajonett. Die Menge flüchtete, ohne daß es nöthig war, von der Waffe Gebrauch zu machen. Am andern Ende des Platzes sammelte sich indeß wieder ein Haufe. Gegen ihn rückte ein kleines Detachement Bürgerwehr vor, um ihn zu zerstreuen, fand aber, weil es zu schwach war, einigen Widerstand. Es kam daher zu einem kleinen Handgemenge, wiederum indeß ohne alles Blutvergießen. Da geschah, was bei solcher Gelegenheit längst erwartet wurde: das sogenannte Lanzier-Corps, d. h. eine kleine Schaar von Demokraten und Republikanern, die sich selbst mit Piken und einigen Gewehren bewaffnet, und nach langem Widerstreben als besonderes Corps der Bürgerwehr dem allgemeinen Bürgerwehr-Kommando untergeordnet hatten, nahm für die Lärmenden Partei, und machte einen Angriff auf das erwähnte Detachement der Bürgerwehr, indem es seine Gewehre auf dasselbe losfeuerte. Das Detachement zog sich zu dem Hauptcorps der Bürgerwehr zurück; und die Lanziers, nachdem sie gesehen, daß ihr Benehmen, statt des erwarteten Anklangs, allgemeine Entrüstung bei der Bürgerwehr hervorrief, verließen den Platz. Ihr Hauptmann und ein Theil der Mannschaft, so wie die Führer der Demokraten-Partei, wurden im Lauf des Tages verhaftet. Der Abend und die Nacht verlief in ungestörter Ruhe; heute merkt man gar nichts mehr von den stattgehabten Unordnungen. Die Bürgerwehr war von dem besten Geiste beseelt. Ueberhaupt hat sich die Stimmung der Stadt sehr geändert. Der Magistrat hat durch eine öffentliche Bekanntmachung die von der National-Versammlung decretirte Steuerverweigerung für einen durchaus ungesetzlichen Beschluß erklärt; eben dahin hat sich der hiesige konstitutionelle Club entschieden und zugleich seine Beistimmung zu den Beschlüssen der Frankfurter Reichsversammlung ausgesprochen, womit er stillschweigend seine Protestation gegen das Recht der Krone zur Verlegung der Berliner Versammlung zurückgenommen; die große Majorität der Bürger stimmt mit diesen Beschlüssen und Ansichten völlig überein. Kurz, die Berliner Versammlung hat durch den Beschluß der Steuerverweigerung außerordentlich an Theilnahme und Ansehen verloren.

Magdeburg, den 21. Novbr. Der Vorsteher der hiesigen Stadtverordneten hatte am 18. eine außerordentliche Versammlung zusammenberufen und den Antrag gemacht: die Stadtverordneten möchten im Namen der hiesigen Bürgerschaft sofort aussprechen, daß die Stadt Magdeburg fortan an die Regierung keine Steuern mehr zahlen werde, weil die National-Versammlung einen dahin lautenden Beschluß gefaßt. Allein nur fünf Stimmen waren für diesen Antrag; die übrigen verwarfen ihn.

Köln, den 17. Nov. (K. Z.) Auch heute wieder sind uns viele neue Adressen für und gegen die in Berlin forttagenden Mitglieder der National-Versammlung zugekommen. Wir müssen uns mit bloßer Aufzählung derselben begnügen. Für die forttagende National-Versammlung erklären sich Adressen aus Wittlich, Mayen, Boppard, Malmedy, Düren, Gladbach, Neuß, Crefeld, Hamm, Minden, Lüdenscheid; — gegen dieselbe erklären sich Adressen aus Essen, Lüttringhausen, Vörde, Bielefeld, Jülich, Friemersheim. Manche Städte und Städtchen senden drei, vier Adressen ab, bald alle für dieselbe Partei, bald einander entgegenstehend.

Vom Rhein, den 18. Nov. Die evangelisch-hierarchische Partei mit ihren beiden Häuptern, sagt die „Köln. Ztg.“, scheinen jetzt die eigentlichen Lenker des Staates zu sein. Ich habe diese Partei genau beobachtet, und es sei mir vergönnt, hier manches Thatsächliche über dieselbe aus der neuesten Zeit zusammen zu stellen. Stets hat diese Partei, die in dem geistlichen Ministerium noch immer die stärkste Vertretung und in Palästen und Schlössern noch immer offenen Zutritt hat, auf der Kanzel und in Schriften die glorreiche Erhebung unseres Volkes als einen Frevel gegen Gott und eine Wirkung diabolischer Mächte dargestellt; sie hat schon genug die vermeidlichen und die unvermeidlichen Mißgriffe und Uebel, die mit dem mächtigen Umschwung der Dinge verbunden waren, benutzt, um ihrer unwahren und finstern Ansicht in den Herzen des Volkes Eingang zu verschaffen und die Freude an dem neu sich bildenden Staate zu verleiden und den Glauben an unsere Zukunft zu rauben. Sie schrieb im Stillen einen Bußtag aus, sie verhandelte darüber, ob man nicht öffentliche Glaubenszeugnisse gegen die Revolution ablegen solle. Sie nahm die Zeitung, die sich dazu hergab, in ihren Sold und warb für sie; sie trat in die innigste Verbindung mit dem Preußen-Verein; sie verdammte — so fromm und mild ist sie — das Gesetz über die Aufhebung der Todesstrafe; sie erhob sich zur Vertheidigung der „Gottes-Gnaden-Theorie“; sie protestirte, hoffnungsvoll auf Ladenberg hinblickend, gegen die Freiheit des Unterrichts und der Wissenschaft, und sie hat bei 40 Loyalitäts-Adressen und Adreßchen, die dem Grafen Brandenburg zu Füßen gelegt worden sind, wesentlich die Hand im Spiele gehabt. Die Thätigkeit dieser Partei und die Hinneigung zu ihr ist leider eine der vielen Quellen, aus welchen Verstimmung und Mißtrauen strömt — und es würde gewiß dem Staate heilsam sein, wenn diese Partei sich weniger eifrig von ihrem nothwendig einseitigen, trennenden Standpunkte aus in die Fragen des Tages einmischen wollte.

Frankfurt, den 18. Nov. In der heutigen Sitzung gab der Abg. Fröbel, der mit Blum in Wien zum Tode verurtheilt war, aber begnadigt wurde, eine gedrängte Uebersicht der Details, die sich auf Beider Verhaftung und Verurtheilung beziehen. Diese Schilderung, welche die Versammlung unter großer Spannung entgegennahm, trägt das Gepräge der Wahrheit an der Stirn. Nach dieser hatten Blum und Fröbel von der Linken des Parlaments den Auftrag, die Sympathie dieser Partei der Wiener Bevölkerung auszusprechen. Beide dachten so wenig an eine Betheiligung am Kampfe, daß sie sich vielmehr einige Tage vorher nach Päffen zur Rückkehr umsahen. Es wurden ihnen aber Schwierigkeiten in den Weg gelegt, und bald war die Rückkehr, wegen enger Einschließung Wiens, nicht mehr möglich. Jetzt erst hielten sie es für ihre Pflicht, in der Stadt, wo sie Gastfreundschaft genossen, nicht unthätig dem Kampfe zuzusehn. Sie wurden dem Elite-Corps eingereiht, das für die innere Ordnung der Stadt zu sorgen hat. Diese Betheiligung am Kampfe dauerte nur wenige Tage, und hatte längst aufgehört, als die Stadt von Windischgrätz eingenommen wurde. Ruhig in ihren Wohnungen sich befindend, wurden sie vier Tage nach der Einnahme Wiens verhaftet, standrechtlich behandelt und verurtheilt. An Blum wurde das Todesurtheil mit ungewohnter Hastigkeit vollzogen, Fröbel aber sollte in der marternden Angst gehalten werden. Er giebt darüber höchst interessante Punkte an, auch über die Art und Weise, wie er in Freiheit gesetzt wurde. Doch würde die Mittheilung dieser Punkte hier zu weit führen. Nur das will ich aus der Schilderung noch anführen, daß die Berufung auf die Eigenschaft, als Parlaments-Deputirte, den Verhafteten eher

schadete als nützte, und daß Fröbel, nach seiner Ansicht, vielleicht nur deßhalb begnadigt wurde, weil er vor Jahren einmal eine Broschüre über Oesterreich geschrieben, die, wie es scheint, dem Sinne der jetzigen Machthaber in Wien zugesagt habe. Er begriffe sonst nicht, wie er eine mildere Behandlung, als Blum verdient habe.

Frankfurt a. M., den 18. Nov. (Frankf. Journ.) An die Stelle des Abg. Raveaux, der seine Stelle niedergelegt hat, ist der Abg. Biedermann aus Leipzig zum Gesandten der Centralgewalt in der Schweiz ernannt worden.

Frankfurt, den 19. Nov. Man erfährt so eben, daß der Ausschuß, dem die Begutachtung der Preußischen Frage übertragen worden, gegen 2 Stimmen beschlossen habe, folgende Anträge zu machen, die der National-Versammlung am Montag vorgelegt werden sollten: man glaubt sehr allgemein, daß sie angenommen werden. Die Reichs-Versammlung, in Verfolg ihres Beschlusses vom 14. d. M. und in Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Ereignisse, so wie nach genommener Kenntniß von den Zuständen in Berlin und der seitdem gefaßten, das Wesen der constitutionellen Monarchie aufhebenden Beschlüsse des Theiles der Preuß. National-Versammlung, der sich in offenem Widerspruche gegen die Regierung in Berlin zu ferneren Sitzungen vereinigt hat, erklärt:

daß der Zeitpunkt zur Aufhebung der Verlegung nach Brandenburg gegenwärtig noch nicht gekommen ist;

sie erklärt ferner:

daß alle von jenem Theile der National-Versammlung gefaßten Beschlüsse (und namentlich diejenigen), welche Suspensionen der Steuer-Erhebung aussprechen und Mitglieder und Organe der Regierung für Hochverräther erklären, null und nichtig sind;

sie erklärt endlich:

Daß die dem Preußischen Volke gewährten und in Aussicht gestellten Rechte und Freiheiten hiermit auch seitens der National-Versammlung und der Centralgewalt feierlich verbürgt und gegen jeden Versuch einer Verkümmerung in Schutz genommen werden sollen.

Im Ausschusse sind außer den beiden hier von Berlin anwesenden Abgeordneten eine Anzahl Frankfurter Deputirte vernommen worden, die Augenzeugen der Zustände vor und nach Wrangel's Einzug waren. — Die Steuerverweigerung hat am Rhein und auch hier einen entscheidenden Einfluß auf die Stimmung geübt. Eben so die Erklärung des Prinzen von Preußen. Man rechnet für die Ausschußanträge auf eine Majorität von circa 300 Stimmen.

Frankfurt a. M., den 18. Nov. (O.-P.-A.-Z.) 117te Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. (Schluß.) In der Diskussion über Art. V. des Verfassungs-Entwurfs erhält das Wort der Abg. Merck aus Hamburg. Der Redner erinnert, daß bereits vor 600 Jahren unter dem Kaiser Friedrich II. Beschlüsse gefaßt worden seien, worüber die Versammlung jetzt berathe. Als die freiesten Heerstraßen stellten sich die Ströme und schiffbaren Gewässer dar; ihre Benutzung dürfe nicht beschränkt, nicht vorenthalten werden. Der Redner geht auf die „Leidensgeschichte“ des Rheins über und schildert die Lage der dortigen Schiffer, denen nach ihrer mühseligen Reise oft nichts übrig bleibe, als das nackte Leben und die Erinnerung an ihre bedrängte Fahrt. Eine angemessene Ausgleichung müsse jedoch nach dem Beispiel anderer Länder bei der Zollaufhebung statthaben. Die Versammlung möge aber nicht zögern, heute eine Hoffnung zu erfüllen, die Jahrhunderte lang nicht hätte Blüthen treiben können. Der Schluß der Debatte wird angenommen. M. Mohl als Berichterstatter des Ausschusses für Volkswirthschaft und Waitz als Berichterstatter des Verfassungs-Ausschusses ergreifen nach einander das Wort, um für die Anträge ihrer Kommissionen zu sprechen. Es wird sodann zur Abstimmung übergegangen, welche zu folgender Beschlußnahme führt: Art. V. §. 25. lautet: „Die Reichsgewalt hat das Recht der Gesetzgebung und Oberaufsicht über die, für Schiffe oder Flöße fahrbaren Flüsse und die Mündungen der in dieselben fallenden Nebengewässer, über die dem allgemeinen Verkehr dienenden Kanäle und Seen, den Schifffahrts-Betrieb und die Flößerei auf diesen Wasserstraßen, so wie über alle Verhältnisse und Abgaben, welche darauf von direktem Einflusse sind.“ (Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses, mit 207 gegen 200 Stimmen.) §. 26.: „Alle Deutschen Flüsse sind für Deutsche Schifffahrt und Flößerei frei von Flußzöllen. Bei den mehrere Staaten durchströmenden oder begrenzenden Flüssen tritt für die Aufhebung dieser Flußzölle eine billige Ausgleichung ein. Wie und mit welchen Mitteln für die Erhaltung und Verbesserung der Schiffbarkeit dieser Flüsse gesorgt werden soll, bestimmt ein Reichsgesetz.“ §. 27.: „Die Hafen-, Krahn-, Waag-, Lager-, Schleußen- und dergleichen Gebühren in den an diesen Flüssen und den Mündungen der Nebenflüsse gelegenen Orten unterliegen der Gesetzgebung und Ober-Aufsicht des Reichs. Es darf in Betreff dieser Gebühren eine Begünstigung der Angehörigen eines Deutschen Staates vor denen anderer Deutschen Staaten nicht stattfinden.“ §. 28.: „Flußzölle und Schifffahrts-Abgaben dürfen auf fremde Schiffe und deren Ladung nur durch die Reichsgewalt gelegt werden.“ (Anträge des Verfassungs-Ausschusses, mit großer Majorität.) „Jedoch bleiben für dieselben bis zum Erlaß neuer Bestimmungen, oder bis zu weiteren Anordnungen die gegenwärtigen fortbestehen.“ (Antrag des Abg. Venedey.) v. Vincke, Deetz, v. Radowitz u. m. A. geben eine Erklärung zu Protokoll, worin sie sich gegen die Folgen des heute über den Giskra'schen Antrag gefaßten Beschlusses verwahren. v. Rappard stellt folgenden dringlichen Antrag: In Erwägung, daß die National-Versammlung am 14. November folgenden Beschluß gefaßt hat (folgt der Wortlaut des Beschlusses über die Preußische Angelegenheit); in Erwägung, daß der nach Berlin abgegangene Reichs-Kommissär Bassermann nicht im Sinne dieses Beschlusses gehandelt, sondern, der Absicht dieses Beschlusses entgegen, bei der Vermittelung auf Seiten der Preußischen Krone und der von derselben getroffenen Anordnungen sich gestellt hat; in Erwägung, daß inzwischen in Berlin Ereignisse sich zugetragen, welche die Versammlung bei obiger Beschlußfassung noch nicht kannte, und worunter namentlich die Auseinandersprengung der dortigen Nationalversammlung, Auflösung der Bürgerwehr, Verhängung des Belagerungszustandes, Beeinträchtigung der Preßfreiheit, des Vereinsrechtes u. s. w. gehören; in Erwägung, daß der Norden des Landes für die Berliner National-Versammlung sich erklärt hat; in Erwägung, daß unter diesen Umständen ein entschiedenes Einschreiten der Centralgewalt eintreten muß, wenn nicht ihr Ansehen und dasjenige der National-Versammlung der Vernichtung preisgegeben werden soll, beschließt die National-Versammlung, das Reichs-Ministerium aufzufordern, den Reichs-Kommissär Bassermann sofort abzuberufen, gleichzeitig eine Kommission nach Berlin abzusenden, um alle Mittel aufzubieten, einen gewaltsamen Zusammenstoß zwischen Militair und Volk zu verhüten, so wie die Preußische Regierung zu nöthigen, ihre Verfügungen, namentlich in Betreff der Verlegung und Vertagung der Berliner National-Versammlung, Auflösung der Bürgerwehr u. s. w. zurückzunehmen. Zur Begründung der Dringlichkeit dieses Antrags wird dem Antragsteller das Wort mit 200 gegen 192 Stimmen verweigert. Giskra verlangt, daß dieser Antrag auf die morgige Tagesordnung gesetzt werde. Nach stürmischer Debatte über die Geschäfts-Behandlung desselben wird endlich der Beschluß gefaßt, die Berathung über die Dringlichkeit des Rappardschen Antrags auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Schluß der heutigen Sitzung gegen 5 Uhr Abends.

— 118. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. Der Präsident H. von Gagern eröffnet die Sitzung um $9\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags, bei überfülltem Hause. Reichsminister von Schmerling macht der Versammlung die Mittheilung, daß der Unter-Staatssekretair H. Bassermann gestern Abend von seiner Mission von Berlin zurückgekehrt sei, und daß derselbe alsbald im Hause erscheinen werde, um über seine Sendung Bericht zu erstatten. Da es aber als dringend nothwendig sich erweise, daß die Centralgewalt in diesem Augenblicke zu Berlin vertreten sei, so würden die Abgeordneten Vicepräsident Simson und Hergenhan noch im Laufe des heutigen Vormittags nach Berlin abgehen, um im Auftrage der Centralgewalt im Sinne des Beschlusses der Reichsversammlung vom 14. d. zu wirken. (Bravo!) Der Tagesordnung gemäß wird zur Berathung über den Antrag des Abgeordneten von Rappard und Genossen geschritten. Zur Theilnahme an der Berathung über diesen Gegenstand haben sich elf Redner für und eben so viel gegen den Rappardschen Antrag einschreiben lassen. von Rappard: Ich glaube, daß bei der heutigen Berathung alle Parteiansichten schwinden werden. Wir Alle suchen Rath und Hülfe für das Vaterland. Zur Begründung meines Antrages habe ich nur wenig Worte zu sagen. Die Preußische Regierung, welche so lange mit unbegreiflicher Schwäche gehandelt, hat sich plötzlich gegen die gesetzliche Landesversammlung erklärt. Alle Städte des Landes haben es ausgesprochen, daß die Nationalversammlung im Recht, die Krone aber im Unrecht sei, und dennoch steht letztere bewaffnet da. Unsere Aufgabe ist es, Hand in Hand mit jener Versammlung zu gehen. Mögen die Fürsten Hader unter sich erregen, unter uns Vertretern darf keine Entzweiung stattfinden. Seien wir einig und treten wir vor den wankenden Thron mit dem Rufe: Halt ein, dein Schlag gilt uns, wie dir! Erhebt sich die Stimme der Reichsversammlung, so wird Versöhnung zwischen Volk und Krone eintreten. Ich liebe die Republik wie Einer; aber ich weiß, daß das Preußische Volk ein erbliches Königthum will, und zwar in den Gliedern des Hauses Hohenzollern. Darum will ich mit meinen Freunden in Berlin die konstitutionelle Monarchie. Jede Schranke des Mißtrauens muß fallen. Aus Ueberzeugung und aus Mitgefühl für die verfolgten Vertreter des Volkes füge ich zu meinen Anträgen das Amendement: die Nationalversammlung wolle ihre Sympathieen für die Preußischen Volksvertreter aussprechen. Ueber Herrn Bassermann habe ich nur Weniges zu sagen. Ehre dem Manne, der früher so kräftig für die Freiheit einstand, aber wir sind der Meinung, daß derselbe hinter der Märzrevolution zurückgeblieben ist. Bassermann, welcher inzwischen in der Versammlung erschienen ist, besteigt die Tribüne. (Den Inhalt des Bassermann'schen Berichtes über die Berliner Zustände und die Annahme des Wernher'schen Antrages haben wir bereits in der Beilage zu Nr. 273 unter Frankfurt a. M., den 18. Nov. unseren Lesern mitgetheilt). Nach Verlesung zweier Schreiben des Abgeordneten Fröbel an den Präsidenten, worin Ersterer seine Rückkehr von Wien anzeigt und den Wunsch ausdrückt, der Versammlung über seine Theilnahme an den Verwickelungen in der Wiener Katastrophe einen Bericht zu erstatten, legt der Vorsitzende dem Hause die Frage vor, ob dasselbe Herrn Fröbel zum Vortrage dieses Berichts das Wort ertheilen will. Die Frage wird bejagt, worauf Fröbel unter lebhaftem Beifall der Versammlung die Tribüne besteigt. Es wird zur Tagesordnung geschritten. Die Versammlung faßt ohne Diskussion über Art. VI. des Verfassungs-Entwurfs, die Bestimmungen über das Eisenbahnwesen, den Straßen- und Kanalbau betr. Beschluß. Das Ergebniß der Abstimmung ist bereits mitgetheilt worden. Der Vorsitzende macht bekannt, daß die Ergänzungswahlen für den Verfassungs-Ausschuß auf die Abgeordneten Gülich aus Schleswig und von Somaruga aus Wien gefallen sind. Nachdem Vicepräsident Riesser einige Urlaubsgesuche vorgetragen, welche die Zustimmung der Versammlung erhalten, wird die Sitzung um 2 Uhr Nachmittags geschlossen. Nächste Sitzung: Montag 20. Nov. Tagesordnung: Berathung des Ausschuß-Berichts über die Rappard'schen Anträge; Berathung über Art. VII. des Verfassungs-Entwurfs.

Ebersdorf, den 17. Okt. Der Fürst Heinrich LXXII. hat bei Niederlegung

der Regierung im Hinblik auf Seinen Geburtsort und unter dankender Rückerinnerung an die Höchstihm von der Gemeinde Ebersdorf unausgesetzt bewiesenen treuen Anhänglichkeit Sich bewogen gefunden, künftig wie bei dem Antritte Seiner Regierung den Titel: Fürst Reuß-Ebersdorf zu führen.

Kassel, den 16. Nov. Die hiesige Zeitung berichtet: „Gestern Abend wurde in einer überaus zahlreichen Volksversammlung im Reithause nach lebhaften Ansprachen mehrerer Redner eine Zustimmungsadresse an das Preußische Volk beschlossen, ferner dem Volkskomité aufzugeben, für vollständige Volksbewaffnung wirksam zu sein, — die Regierung zu bitten, sofort die Ständeversammlung zu berufen, — die Vorstände sämmtlicher hiesigen politischen Vereine zu gemeinsamer Berathung einzuladen, — und bei der Centralregierung dahin zu wirken, daß der Fürst Windischgrätz als Mörder eines Reichstagsdeputirten und Uebertreter des Gesetzes zum Schutze der Nationalversammlung zur Strafe gezogen werde, — endlich alle schwarz-roth-goldenen Fahnen mit Trauerflor zu umhängen."

Rastatt, den 17. November. Seit einiger Zeit scheint zwischen österreichischen und badischen Soldaten eine gewisse Eifersucht zu bestehen, die in dem „kaiserlich" und „großherzoglich", wohl auch in der größeren Löhnung der ersteren ihre Veranlassung hat, und bei Tanzbelustigungen von irgend einer Schönen genährt worden sein mag. Schon seit einigen Tagen haben wir Schlägereien zu beklagen. (Karlsr. Z.)

Wien, den 13. Novbr. (K. Z.) Ueber die Verhandlungen der Herren Welcker und Mosle mit Windischgrätz gebe ich Ihnen folgende Mittheilung aus bester Quelle, wörtlich, wie ich sie gehört habe: „Die Herrn Mosle und Welker baten um eine Audienz bei dem Fürsten Windischgrätz, welche ihnen auch in Stammersdorf (im Marchfelde) gewährt wurde. Der Fürst empfing sie mit allen Formen der Höflichkeit und des guten Tones, und ließ sie, selbst sich beinahe stumm verhaltend, ganz aussprechen. Seine Antwort war ganz kurz folgende: Oesterreich sei noch nicht so weit herabgekommen, daß es badischer oder oldenburgischer Truppen bedürfe, um im eigenen Hause Ordnung zu machen; übrigens danke er den Herren für den geäußerten guten Willen."

Triest den 6. November. Seit 20 Tagen füllte sich unsere Stadt immer mehr mit fremden verdächtigen Personen an; die radikale Presse (augenscheinlich von den Italienern besoldet) wurde täglich wüthender; Emissäre schlichen sich in allen Wirthshäusern und Kneipen ein, um auch den niedrigsten Pöbel, der bis jetzt allen politischen Wirren fremd blieb, zu ihren Plänen zu exaltiren. Kurz, aus diesen und vielen anderen Umständen konnte es kaum zweifelhaft bleiben, daß es dahin abgesehen war, gleich nach eingelangter Nachricht von der Niederlage der K. K. Truppen den Waffenstillstand von Seiten Sardiniens aufzukünden, sofort mit der in Venedig jetzt befindlichen sardinischen Flotte eine Expedition nach Pisa und gleichzeitig nach Istrien zu unternehmen und den Versuch zur Aufpflanzung der italienischen Fahne selbst in Triest zu machen. Der Versuch wäre ganz gewiß in Triest gescheitert; denn wenn wir auch allhier manche hundert Personen haben, welche auf die Hoffnung, unsere Stadt im Anschlusse an Italien gänzlichem Verderben Preis zu geben, nicht verzichtet haben, so ist doch die große Majorität unserer Bevölkerung der guten Sache immmer treu, und entschlossen, jeden Schritt, so keck er auch wäre, um Triest der Dogenstadt unterzuknechten, mit Entschiedenheit und aller Energie zurückzuweisen. In Istrien aber (im exvenetianischen) und in manchem Orte Dalmatiens wäre vielleicht der Plan gelungen. Dies wußten unsere Behörden und man war schon daran, Istrien in Belagerungszustand zu erklären. Die Einnahme Wiens hat aber, wenigstens für den Augenblick, alle Pläne vernichtet.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 21. Nov. Sitzung vom 17. Nov. Mehrere Mitglieder verzichten großmüthig auf die ihnen bereits bewilligten Urlaube, um dadurch die Versammlung beschlußfähig zu erhalten. Nach Erledigung dreier Credite für Eisenbahnen erhält Bincau das Wort, um, im Namen des Finanzausschusses, sein Gutachten über die Anträge abzugeben, welche gestern noch nachträglich in Bezug auf Doppelämter bei Professoren und Künstlern, von Deslongrais, Flocon u. A. gestellt wurden. Flocon trägt darauf an, daß Niemand zwei Aemter zugleich verwalten, und dafür das Gehalt beziehen dürfe. Die Versammlung nimmt den Ausschußantrag im Sinne Deslongrais' an, d. h. in Zukunft sollen mehrere Aemter eines Prof. zusammen nicht mehr als 12,000 Frs. jährlich eintragen dürfen. Hierauf kehrt die Versammlung zum Budget des Ministeriums des Innern zurück. Kapitel 27. (Präfektengehalte) ruft einen schrecklichen Scandal hervor. Der Ausschuß schlägt eine Ersparniß von 136,000 Fr. vor. Luneau benutzt diese Gelegenheit, um seine Galle gegen das Bankett in Toulouse auszuschütten. Er will wissen, warum jener Präfekt versetzt worden. Wie kommt es, daß man ihn in ein anderes Departement schickt? .... Astair aus der Linken: Wie kommt es, daß Sie Mouchard (Polizeispion) sind? (Tumult.) Marrast: Ich rufe Sie zur Ordnung! Astair, auf der Tribüne, erzählt unter unzähligen Unterbrechungen, daß Cazavan, Präfekt in Toulouse, ein tüchtiger Republikaner sei, und daß er sich jenem Bankett deshalb nicht entgegengesetzt habe, weil man in jenem Departement eine legitimistische Verschwörung angezettelt und sogar gewagt habe, die weiße Lilienfahne der alten Bourbonen öffentlich aufzustecken. Leider sehe er, daß Männer, die sich nicht Radikale nannten, sich jetzt als Vertheidiger dieser legitimistischen Umtriebe aufwerfen und die Republik mit Füßen treten. Diesen Feinden werde er energisch gegenübertreten und sie stigmatisiren. (Für diesen Ausdruck wird er von Neuem zur Ordnung gerufen.) Luneau und Dufaure eilen zur Bühne. Dufaure, Minister, erzählt nun seinerseits die Hergänge in Toulouse und billigt das Benehmen des Präfekten bei dem Bankett vollständig. Luneau unterbricht und behauptet, der Minister sei gezwungen gewesen, Cazavan in die Vendee zu schicken, weil man ihn überall zurückgestoßen. Taschereau habe ihm dies gesagt. Taschereau, mit seinen Luchsaugen, stiert den Minister an und will sprechen. Dufaure scheint verlegen und erklärt, wie er nicht begreife, daß Taschereau so etwas gesagt haben könne. Marrast sitzt wie auf Nadeln. Man ruft: zur Tagesordnung! und Marrast läßt zum Budget übergehen, worauf nach kurzer Debatte die Sitzung um 6 Uhr geschlossen wird.

Großbritannien und Irland.

London, den 15. Nov. Die „Times" überbietet in einem heutigen Artikel alles, was sie in ihrem conservativen Wahnsinne bis jetzt über Deutschland geschrieben hat. Nach einer höchst parteiischen Darstellung der Preußischen Verhältnisse ergeht sie sich in den übertriebensten Lobeserhebungen des Grafen Brandenburg, von welchem die „Times" hofft, daß er das Land retten werde, — nach der Art und Weise, wie er Hand ans Werk legt! — Der „Globe", das halboffizielle Organ Lord Palmerston's, lebt in der rührendsten Einigkeit der Ansichten mit der „Times".

— Die Artilleriebehörde hat zu Woolwich mit neuen 32pfündern, welche nach dem System des Obersten Dundas gegossen wurden, Versuche anstellen lassen, die durchaus gelungen ausfielen. Statt 50 wiegen diese Kanonen nur 25 Centn. und erfordern zur Ladung, statt 10, nur 4 Pfund Pulver, während die Tragweite und die Wirkung ganz dieselbe ist, wie bei den nach dem bisherigen System angefertigten schweren Geschützen. Auch vor dem Zerspringen sind sie durchaus gesichert und für den Schiffsdienst, wie für Festungswerke trefflich geeignet. Ihre allgemeine Einführung wird beabsichtigt, da bedeutend dabei erspart werden muß.

— Nach Berichten aus North Foreland sind in der Nacht vom 13. auf den 14. die zwei von Bremen nach New-Orleans und New-York bestimmten Schiffe „Burgundi" und „Atlantic" auf den Long und Godwin Sandbänken gescheitert. Beide Schiffe hatten viele Deutsche Auswanderer am Bord, ersteres dem Vernehmen nach gegen 300. Als man an der Küste die Nothschüsse der „Burgundi" hörte, eilten sofort Fahrzeuge zur Hülfe herbei und es gelang, die Mannschaft und Passagiere zu retten; das Schiff konnte aber nicht flott gemacht werden und vom Eigenthum vermochte man nur wenig zu bergen. Der Schiffbruch des „Atlantic" ward erst am Morgen entdeckt. Alle Augenblicke brachen sich die Wogen über dem Schiffe und hatten, als die Boote von Deal anlangten, schon vier Personen, worunter zwei Passagiere, über Bord geschleudert. Nur mit großer Mühe gelang auch hier die Rettung der Mannschaft und der Passagiere; von dem Gepäck 2c. aber war nichts zu retten und das Schiff in Kurzem ein vollkommenes Wrack. Die Passagiere beider Schiffe sind somit fast ihrer ganzen Habe beraubt.

— Gestern hat in Guildhall der jährliche Festball zu Gunsten der exilirten Polen stattgefunden. Er war von 12—1400 Personen besucht. Unter Andern war der Französische Gesandte anwesend. Der Ueberschuß der Einnahme wird auf 1000 Pfd. St. berechnet.

— Aus dem Verzeichnisse der Schiffe, aus denen die Britische Flotte jetzt besteht, geht hervor, daß dieselbe im Ganzen 420 Schiffe mit 15,026 Kanonen, darunter 114 Dampfschiffe von zusammen 36,180 Pferdekraft zählt. Es sind darunter 19 Schiffe ersten Ranges (von 110 bis 120 K.) 76 zweiten und dritten Ranges (von 70 bis 104 K.), 126 vierten, fünften und sechsten Ranges (von 18 bis 55 K.)

Italien.

Durch Proklamation vom 11. macht Marschall Radetzky bekannt, daß er zur Schonung der ruhigen und bloß verführten Bürger sich genöthigt sehe, außerordentliche Contributionen auszuschreiben: 1) auf die Mieglieder der gewesenen provisorischen Regierungen; 2) auf die Hauptheilnehmer der sogenannten Comitati; 3) auf die, welche sich an die Spitze der Revolution gestellt, und mit ihren materiellen oder intellektuellen Mitteln dazu beigetragen haben. Das Betreffniß eines Jeden wird demselben eröffnet und soll binnen sechs Wochen in die Kriegskasse abgeliefert werden.

Rom, den 7. Novbr. Reisende Italiener, die aus den Provinzen zurückkehren, schildern die politische Aufregung als schreckenhaft. Die Bewegung ist in die Hände der untersten Klassen der Bevölkerung gerathen. Es darf daher nicht Wunder nehmen, daß die Nachricht von der Errichtung einer Republik sowohl aus Perugia, wie aus Bologna eingetroffen ist. Zwar beruht dieselbe nicht auf offiziellen Mittheilungen, sie hat aber viel Wahrscheinlichkeit für sich. Sicher ist dagegen die Meldung von bedenklichen Unruhen, welche bei Wiederaufrichtung des Oesterreichischen Wappens in Ferrara ausgebrochen sind. Dies ist der ostensible Grund der schleunigen Abreise des Generals Zucchi, welcher bei dieser Gelegenheit die päpstlichen Truppen in den Provinzen selbst in Augenschein nehmen will. Auch in einem kleinen Orte in der Umgegend von Rimini hat es republikanische Auftritte gegeben, bei welchen sogar der erste Freiheitsbaum gepflanzt worden ist. Die berüchtigte römische Legion war zu diesem Feste geladen worden und scheint sich ernsthaft dabei betheiligt zu haben, was ihre Entwaffnung zur Folge haben könnte, da Zucchi in Betreff der Disziplin unbeugsame Strenge zu üben pflegt.

Asien.

Dir Ueberlandpost hat Nachrichten aus Bombay bis zum 17. Oct. mitgebracht. Die Sachlage zu Moolton und im Penshab hatte sich seit dem Abgange der vorigen Post nicht wesentlich verändert; kein Treffen war vorgefallen, aber zur Erneuerung der Feindseligkeiten wurde kräftig gerüstet. Die indische Regierung hält eine Einverleibung des Pendshab mit dem britischen Indien mehr als je für nothwendig und hat daher eine starke Vermehrung der bengalischen Armee anbefohlen. Unter Lord Gough sammelt sich bei Ferozepore ein Heer von 25,000 Mann, welches gegen Mitte Novembers auf Moolton marschiren soll; in Ober-Scinde müssen bei Roree am 1. Nov. 7000 Mann beisammen sein, und im Anfange des Dezember werden alle diese Truppen zu General Whish stoßen können; man wird dann erst mit dem Moolraj reine Sache machen, nachher aber die Beschlüsse der Regierung, hinsichtlich des Pendshabs ausführen. Der General-Gouverneur ist nach dem Nordwesten unterwegs und der Oberbefehlsbaber wollte am 2. Nov. zu Ferozepore sein. — Die Nachrichten aus China gehen bis Ende Septembers; es war nichts Wichtiges vorgefallen; die Seeräubereien dauerten mit großer Frechheit fort.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: E. Hensel.

(Mit einer Beilage.)

Inland.

† Posen, den 23. Novbr. Das hiesige Deutsche Centralcomité hat unterm 18. November folgenden Aufruf an die Deutschen in der Provinz erlassen:

Deutsche Brüder in der Provinz Posen! Der Kampf zur Wahrung unsers Deutschen Volksthums hat ein unauflösliches Band um unsere Herzen geschlungen. Die gleiche Gefahr, von der wir bedroht waren und bis diesen Augenblick bedroht sind, hat uns den erhebenden Beweis gegeben, daß Deutsche Eintracht und Brüderlichkeit in diesem Lande ihren Sitz aufgeschlagen haben. So fest aber auch die Ueberzeugung in uns allen wurzelt, daß keiner von uns jemals durch Lossagung von dieser Gesinnung die Deutsche Sache verrathen könne, so ist es doch dringend nothwendig, daß wir zu immer stärkerem Schutze unseres Deutschthums eine feste Vereinigung unter uns schließen, die alle Deutsche dieses Landes umfassend als eine starke Schutzwehr dastehe gegen Alle, die unser gutes Recht anzutasten sich versucht fühlen sollten.

Das unterzeichnete Comité, aus eignem Drange der Sache unseres Volkes auf alle Weise zu dienen, und von vielen Gleichgesinnten noch besonders dazu aufgefordert, hat daher beschlossen, zur Berathung über die Gründung eines allgemeinen Deutschen Vereins auf Sonntag den 26. November d. J. Nachmittags 2 Uhr im Odeum hieselbst eine Versammlung Deutscher Männer zu veranstalten und ladet hierdurch alle Gemeinden ein, dieselbe durch Absendung von Deputirten zu beschicken.

Posen, den 18. Novbr. 1848. Das Deutsche Central-Comité.

Berlin, den 21. November. Die Reichsgesandten Simson und Hergenhan, von der Centralgewalt mit ausgedehnten Vollmachten versehen, haben den Auftrag, Berlin nicht eher zu verlassen, als bis sie den Konflikt zwischen der Krone und der Versammlung beigelegt haben. Heute Abend hatten sie eine offizielle Zusammenkunft mit Deputirten aus den verschiedenen Fraktionen der fortberathenden Mehrheit; man einigte sich in einer an des Königs Majestät zu richtenden Adresse, in der die Majorität versichert, daß sie die Verfassungs-Arbeit sofort in Angriff nehmen, sie in möglichst kurzer Zeit vollenden, alle unnützen Anträge und Interpellationen ausschließen, und auf die Entfernung des Militairs und (wenn wir nicht irren) auf Aufhebung des Belagerungszustandes nicht antragen wolle. Zugleich wird der Wunsch ausgesprochen, daß in Betracht der hergestellten Sicherheit in Berlin die Versammlung nicht nach Brandenburg verlegt werden möge. Die äußerste Linke dagegen, die um jeden Preis ihr Mandat erfüllen will, ist bereit, nach Brandenburg zu gehn. — Herr Grabow wohnte dieser Zusammenkunft bei.

☐ Berlin, den 22. Nov. Der Schaden saß tief, die Operation mußte gründlich und schmerzhaft sein, sollte sie anders den gefährdeten Staatsorganismus retten. Gepriesen sei die Hand, die unverzagt und durch die abwehrenden Krümmungen und das wüthende Geschrei des Kranken, der verblendet genug seine Wunde lieb gewonnen hatte, unerschüttert das Messer führte. Viel stand auf dem Spiele und der Arzt ging zu Grunde, wenn die Cur mißlang. Man hat im Getümmel der aufgestachelten Leidenschaften ganz außer Acht gelassen, mit welcher Hochherzigkeit und Selbstverläugnung die Krone, bei ihren letzten entscheidenden und so vielen Mißdeutungen preisgegebenen Handlungen, die nach unserer unwandelbaren Ueberzeugung einzig und allein der Rettung des gemeinen Besten gewidmet sind, ihre eigene Existenz in Gefahr gesetzt hat, mit welcher Hingebung die Männer, welche sie zur Ausführung ihrer heilsamen Pläne berief, trotz des Sturmes, der sich wider sie von allen Seiten erhob, trotz der wider sie geschleuderten Anklagen und Condemnationen, unbeirrt und standhaft sich zur Ausführung der wenn zwar harten doch nothwendig gewordenen Maßregeln bereit haben finden lassen. Nach unserem Dafürhalten ist der Augenblick nicht mehr fern, wo eine von den Schlacken der Leidenschaft geläuterte Ansicht dem König, wie dem annoch verschrieenen Ministerium Brandenburg den Dank des Vaterlandes votiren werde. Schon jetzt und, was noch mehr sagen will, selbst hier am Quell der Bewegung fängt bereits eine ruhigere Betrachtung, eine gerechtere Würdigung des sogenannten „Staatsstreichs" an sich Bahn zu brechen. Schreiben Sie dies nicht auf Rechnung des Belagerungszustandes, der in so milder Weise gehandhabt wird, daß wir sein Dasein nur an seiner Lichtseite, an dem Aufhören der hier früher permanent gewordenen Excesse und Ruhestörungen zu erkennen vermögen. Die Macht der Wahrheit ist es, die in allen jenen energischen Maßnahmen, wie der Erklärung des Belagerungszustandes, der Auflösung der Bürgerwehr, der Unterdrückung der politischen Straßenliteratur und der Clubs, nur eine Reihe vorübergehender, von Einem lobenswerthen Zweck gebotener Schritte erkennt. So sicher in vielen Fällen eine zeitweilige karge Diät das leidende Individuum gerade vor Untergang bewahrt, so gewiß wird die augenblickliche Schmälerung der Freiheiten der Freiheit selbst zu Statten kommen. Schon gestern sollen 212 Deputirte entschlossen gewesen sein, sich zum 27. nach Brandenburg zu verfügen.

— Der neueste Preuß. Staats-Anzeiger enthält eine von 71 Stettiner Handlungshäusern unterzeichnete Erklärung, die dahin lautet: „daß sie es für ihre heiligste Bürgerpflicht, als Kaufleute insbesondere, für sich, als eine Ehren-Sache erachten, der zu Recht bestehenden Regierung die derselben zuständigen Steuern nach wie vor prompt zu zahlen." Sie hegen die Erwartung, daß der mit dem Vaterlande es wohlmeinende Handelsstand aller Orten sich dieser Erklärung anschließen werde.

Berlin den 22. November. Die Verhandlungen der Reichsgesandten mit der Regierung sind noch nicht zum Abschluß gediehen: Simson ist heute nach Frankfurt abgereist, um neue Instruktionen zu holen. Hergenhan ist hier geblieben. Man versichert, daß Seitens der Regierung von der Verlegung nach Brandenburg noch nicht abgestanden werde, und daß sie nöthigenfalls die Stellvertreter einberufen wolle. Uebrigens würde die Verlegung nach Brandenburg, falls sie zu Stande käme, alle Büreaux der Verwaltung derangiren, und auf die Dauer kaum zu ertragen sein. (D. R.)

— Der Abgeordnete Hansemann ist in Berlin eingetroffen.

△ Berlin, den 21. Nov. Ueber die weiter beabsichtigten Maßnahmen der Regierung kann ich Ihnen aus Mittheilung von Abgeordneten Folgendes berichten. Man sucht sich möglichst mit Frankfurt in gutes Vernehmen zu setzen und Centralgewalt wie Reichsversammlung dadurch zu gewinnen, daß die preußische Versammlung, von der man voraussetzt, sie werde in Brandenburg nicht in beschlußfähiger Anzahl erscheinen, nicht eher wieder berufen werden soll, bis die deutsche Reichsverfassung vollständig berathen und angenommen ist. Zugleich wird man von der Frankfurter Versammlung ein für ganz Deutschland verbindliches Wahlgesetz zu erwirken suchen, um dadurch des auf so breiter „demokratischer Grundlage" ruhenden Wahlgesetzes vom 8. April überhoben zu sein. Im Uebrigen wird man vorläufig eine Verfassung verleihen, die ganz nach dem Muster der belgischen zugeschnitten ist, also mit einem sehr hohen Census für die erste Kammer u. dgl. Diese Verfassung soll gleich am nächsten Montag den 27. November in Brandenburg verkündet werden. — Gestern waren 268 Abgeordnete beisammen. Die neu aufgenommene Präsenzliste beträgt 272, so daß nur 4 Mitglieder nicht anwesend waren. — Man trug sich heute wieder mit dem Gerüchte eines Ministerwechsels, es sollten Camphausen, Hansemann und Grabow eintreten. Wahrscheinlich ist dieß Gerücht entstanden in Folge der Ankunft der Frankfurter Reichskommissarien, und des Eintreffens einer Deputation aus Köln. Diese Deputation ist gestern Abend angekommen und stellte so entschiedene Forderungen, wie bisher — mit Ausnahme Breslau's, — noch keine andere gestellte hatte. — — Auch die Nachricht von der Abdankung des Reichsverwesers verbreitet sich; sie sei herbeigeführt durch die Conflikte, die wegen der Hinrichtung R. Blums mit der österreichischen Regierung in Aussicht stünden. — Die Waffenabgabe ist immer noch nicht ergiebig genug, trotz der offiziellen Angabe von 15,000 abgelieferten Gewehren, es sollen deshalb die Hauswirthe jetzt angewiesen werden, Anzeige der bei ihren Miethern etwa befindlichen Waffen zu machen. — Die Nationalzeitung, von Hrn. v. Wrangel kraft diktatorischen Befehls hier unterdrückt, wird nach Leipzig übersiedeln. Der Redakteur Zabel ist gestern dorthin abgegangen und hofft nächsten Donnerstag seine erste Nummer von dort aus erscheinen lassen zu können.

Breslau, den 21. Nov. Während der Magistrat gestern über den Stadtverordnetenbeschluß in Betreff der fremden Gewehre noch verhandelte, fand sich eine Ordonnanz vom Angerbataillon ein, die sich mit eignen Augen überzeugen sollte, ob, wie allgemein verbreitet wäre, ihr Oberst vom Magistrat gefangen gehalten würde. Der Bürgermeister wies die Ordonnanz darauf hin, sich zu überzeugen, daß dies nicht der Fall sein könne, da ja die Rathhauswache auch zum Schutze des Obersten da sei. — Gegen 7 Uhr erschienen die Führer der Bürgerwehr unter Vortritt des Major Meyer, welcher äußerte, sie seien gekommen, um eine glänzende Genugthuung für die ihrem Obersten angethane Schmach zu fordern. Man habe ihn, sagten sie, gefangen gehalten und gemißhandelt. Der Sprecher erklärte Namens der Anwesenden, wie auch vollständig im Sinne der Wehrmannschaften, daß sie ihre Entrüstung auszusprechen kämen. Dieser und andere Sprecher sagten wiederholt, der Magistrat und die Stadtverordneten haben sich des Verraths dadurch schuldig gemacht, daß sie die aus der Steuerverweigerung nothwendig folgenden Consequenzen durchzuführen feig und verrätherisch unterlassen hätten. Längst schon besäßen sie nicht mehr das Vertrauen der Bürgerschaft und könnten ihre Stellen nicht länger behalten. Es wurden mehrere Namen genannt, die vorzugsweise die Herbeiziehung des Militairs angerathen und verlangt haben sollten, namentlich die Herren Regenbrecht und Grund, und von diesen verlange man, daß sie erklären sollten, sie fühlten sich aus freiem Antriebe gedrungen, als für ihre Stellen nicht mehr geeignete Glieder, ihre Aemter niederzulegen. Obwohl beide Herren, namentlich Regenbrecht, aussprachen, nur der Gewalt weichen zu wollen, fand man diese Abdankung nicht für genügend, sondern forderte die ausdrückliche Erklärung, daß beide aus voller Ueberzeugung gänzlicher Unmöglichkeit für ihre Aemter dieselben hiermit niederlegten, was auch der diese Forderungen begleitenden Drohungen wegen geschah. Es ist tief zu beklagen, daß diese Aufforderungen mit Drohungen gegen alle Anwesenden aus dem Rath und der Versammlung begleitet waren, welche mit Hinzutritt des von Außen kommenden stürmischen Andranges den Bürgermeister zu der Bitte an den Obersten Engelmann trieben: er beschwöre ihn, nicht zu gestatten, daß dieses alte ehrwürdige Rathhaus von Breslau durch Thaten befleckt würde, vor denen sie später selbst erröthen müßten; er möge verhindern, daß die bangen Besorgnisse der in ihren Wohnungen harrenden Familien nicht zur Wahrheit würden. Die Verhandlung hielt keinen geregelten Gang inne und wurde ein Durcheinander von Drohungen und Verwünschungen gegen die Stadtbehörden. Der besonnenen Ansprache des Bürgerwehrführers Guhrauer soll es zu danken gewesen sein, daß sich der Zorn der höchst erregten Führerschaar legte und einer besonnenen Besprechung Raum gab. Regenbrecht und Grund dankten ab. Während dieses Aktes waren alle Ausgänge des Rathhauses mit Bürgerwehr besetzt, um keinen der Angeklagten, wie von der Rathhaustreppe verkündet worden, herauszulassen. — Den herausgehenden Rathsgliedern und Stadtverordneten ist selbst, trotz der sie begleitenden Bürgerwehroffiziere, der Ausgang durch Bajonette vertreten worden, da die Mannschaften keinem Folge zu leisten äußerten, außer dem, der sie dahin gestellt und ihnen geboten, keinem Civilisten den Ausgang zu gestatten. — In Folge dieser Vorfälle soll sich heut das Magistratskollegium gedrungen gefühlt haben, in pleno abzudanken. Man ist gespannt auf die Entscheidung der Stadtverordneten, die morgen zusammentreten.

Stettin, den 20. November. Hier hat die Stimmung in den letzten Tagen einen kaum für möglich erachteten Umschwung genommen. Es giebt sich in allen Ständen ein Patriotismus kund, wie wir ihn seit dem März nicht erlebt haben. Der Terrorismus der Demokratie ist gebrochen. Von Steuerverweige-

rung keine Rede. Die Fleischer, Bäcker u. s. w. haben durch Maueranschläge bekannt gemacht, daß sie den desfallsigen Beschluß der National-Versammlung für ungesetzlich erklären müßten und die Steuern nach wie vor zahlen würden. Die Landwehr ist überall vollzählig eingetreten, und es haben sich viele Freiwillige selbst aus dem zweiten Aufgebot gemeldet. Das Garde-Landwehr-Bataillon zählte am vierten Tage schon 400 Mann, die zum großen Theil auf eigene Kosten per Vorspann oder Eisenbahn eintrafen. Eine erst seit 2 Tagen ausgelegte Subscription zum Besten der zurückbleibenden Familien der Wehrmänner hat bis zum 20sten Mittags bereits 1500 Thlr. ergeben.

Lauenburg, den 18. November. Hier sind folgende Bekanntmachungen erschienen: 1) Kraft der mir von Sr. Kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser ertheilten Vollmacht verkündige ich hiermit sämmtlichen Einwohnern des Herzogthums Lauenburg, daß in Folge des von Sr. Majestät dem Könige von Preußen in Vertretung der Deutschen Reichsgewalt mit der Krone Dänemark abgeschlossenen und von der Deutschen Nationalversammlung genehmigten Waffenstillstandsvertrages von Malmoe vom 26. August d. J. die am 19. Juli d. J. durch den Immediatkommissarius des Deutschen Bundes eingesetzte interimistische Landesadministration am heutigen Tage von mir aufgelöst ist. Ratzeburg, den 15. November 1848. Stedmann, Reichskommissarius. — 2) Die Endesunterzeichneten, zur Ueberwachung der Ausführung des Waffenstillstandes von Malmoe ernannten Kommissarien verkünden hiermit den Einwohnern des Herzogthums Lauenburg, daß sie gemeinschaftlich am heutigen Tage eine höchste Landes-Behörde eingesetzt haben, welche das Herzogthum Lauenburg im Namen Sr. Majestät des Königs von Dänemark in seiner Eigenschaft als Herzog von Lauenburg verwalten wird. Dieselbe besteht aus den Herren: Graf v. Kielmansegge, als Präsidenten, Justizrath Walter und Justizrath Höchstädt, als Mitgliedern. — Ratzeburg, den 15. November 1848. Stedmann, Reichs-Kommissarius. C. v. Plessen.

Apenrade, den 17. Novbr. Heute ist Hardesvogt Ahlmann von Tostland verwundet hierher gebracht worden. Er ist gestern auf einer Dienstreise zwischen Tostland und Ripen von einem dänischen Offizier nebst dessen Bedienten ohne weitere Veranlassung auf der Landstraße angehalten, und genöthigt worden, abzusteigen und eine Strecke Weges nach Ripen zu zu gehen. Der Offizier hat fortwährend gesucht, den Hardesvogt zu veranlassen, schneller und vor ihm her zu gehen, was Letzterer aber sorglich vermieden hat, weil er vermuthete, daß der Offizier bösliche Absichten hege. Da der Hardesvogt indeß dem Offizier stets zur Seite geblieben und sich auch nicht hat bewegen lassen, mit dem Offizier querfeldein zu gehen, so ist dieser endlich ein paar Schritte zurückgetreten, hat eine Pistole hervorgezogen und selbige auf den Hardesvogt abgedrückt, worauf er sich nach Ripen zu entfernt hat. Glücklicherweise ist durch den Schuß nur der rechte Oberarm des Hardesvogts verletzt und scheint die Wunde nicht lebensgefährlich zu sein.

Frankfurt den 20. November. In der heutigen Reichstagssitzung wurde die preußische Angelegenheit aufs Neue berathen. Der Antrag des Ausschusses lautete: Die Reichs-Versammlung, in Verfolgung ihrer Beschlüsse vom 14. d. M. und in Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Ereignisse, fordert die Centralgewalt auf:

1) durch die in Berlin anwesenden Reichs-Kommissarien hinzuwirken auf Ernennung eines Ministeriums, welches das Vertrauen des Landes besitzt;
2) sie erklärt den auf Suspension der Steuer-Erhebung gerichteten, offenbar rechtswidrigen, die Staatsgesellschaft gefährdenden Beschluß der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung für null und nichtig;
3) sie erklärt endlich, daß sie die dem preußischen Volke gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung schützen werde.

Ueber diesen Bericht wurde sogleich berathen und bis $5\frac{3}{4}$ Uhr Nr. 1 des Antrages mit 393 gegen 6 Stimmen, Nr. 2 mit 276 gegen 150 Stimmen angenommen; über Nr. 3 hat die namentliche Abstimmung so eben begonnen.

Frankfurt a. M., den 20. Nov. In der heutigen 119ten Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung erklärt der Reichskriegsminister von Peucker: es sei ungegründet, daß für den Fall aktiven Widerstandes gegen die Maßregeln der preußischen Regierung die preußischen Truppen zu Reichtruppen erklärt, General Wrangel zum Reichsgeneral ernannt sei, und ein Reichstruppen-Corps (darunter 15,000 Hannoveraner) in Preußen einrücken solle. Der Ausschuß für die österreichische Frage (Berichterstatter Löw von Posen) erstattet ein Majoritäts- und ein Minoritätsgutachten. Der Ausschuß für die preußische Frage (Berichterstatter Jordan von Berlin) legt so eben, elf Uhr, seinen Bericht vor.

München, den 18. Novbr. Der König hat den Freiherrn v. Thon Dittmer auf sein Ansuchen von dem Portefeuille des Innern enthoben und zum Staatsrath ernannt. Der Finanzminister, Freiherr v. Lerchenfeld, ist zum Minister des Innern, der Staatsrath v. Weigand zum Finanzminister bestellt worden. Der General v. Becker, einer unserer besten Offiziere, ist gestorben. Von dem Kreis-Kommando der Landwehr in München ist an die Zeughaus-Kommission der Befehl eingegangen, von den in dem Zeughause aufbewahrten Gewehren die Schlösser und Bajonette abzunehmen und dieselben an einem anderen sicheren Orte zu verwahren. Der Landtag wird erst zu Weihnachten eröffnet werden. Am 14. wurden auf offenem Markte mehrere Zeitungen verbrannt, die sich über Blum's Hinrichtung gegen die Volksmeinung erklärt hatten. Der Fürst von Thurn und Taxis hat der Stadt Regensburg 3000 Gulden geschenkt, weil seine Familie dort 100 Jahre gewohnt hat.

Ausland.

Dänemark.

Kopenhagen, den 18. Nov. (Morgens). Heute hat Graf A. W. Moltke dem Reichstage amtlich angezeigt, daß, nachdem die bisherigen Minister ihre Entlassung eingereicht, der König ihm die Bildung eines neuen Kabinetts übertragen, welches wie folgt zusammengesetzt sei: Graf A. W. Moltke, Conseilspräsident und ad interim Minister des Auswärtigen; Kammerherr Bardenfleth, Minister der Justiz; Graf Sponneck, Minister der Finanzen; Professor Madvig, Kultusminister; Etatsrath Bang, Minister des Innern; Kammerherr Zahrtmann, ad interim Minister der Marine; Generalmajor Hansen, Kriegsminister; Prof. Claussen, Minister ohne Portefeuille. (Ganz dieselbe Liste, welche die „Börsen-Halle" bereits Sonnabend nach Privatnachrichten mitgetheilt hatte). Der Conseilspräsident fügte hinzu, daß sämmtliche Minister, mit Ausnahme des erst in einigen Tagen von Alsen eintreffenden General Hansen, anwesend seien. Was die künftige Handlungsweise des Ministeriums anbetreffe, so erkläre er, daß es dasselbe System, wie das, zu welchem sich das bisherige Ministerium bekannt habe, befolgen werde; daß es im Einzelnen und Ganzen dem der Versammlung vorgelegten Staatsgrundgesetz-Entwurf beitrete, Ordnung, Freiheit und Recht aufrecht halten, und, was die Unterhandlungen betreffe, einen mit Dänemarks Ehre und Heil zu vereinigenden Frieden zu erlangen suchen werde, ohne deshalb die Rüstungen mit geringerem Nachdruck fortzusetzen, damit, wenn solcher Friede nicht zu erlangen, man mit dem Schwerte die gerechte Sache unterstützen könne.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

An die Wühler.

Laßt nicht ab von Eurem Hoffen,
Noch steht ja die Hölle offen,
Sie entsendet ihre Geister,
Die in Wort und Thaten Meister.

Laßt nicht ab von Eurem Schaffen,
Satan sendet Euch die Waffen.
Satan müßte unterliegen,
Sollten seine Gegner siegen.

Der **Auscultator Leviseur**, welcher bis zum heutigen Tage **Königliche Stipendien** erhält, hat sich erdreistet, in der letzten Sitzung des demokratisch-konstitutionellen Vereins zu sagen, daß er seine Steuern nach wie vor zahlen würde, aber nicht zur Verwaltung des Ministerii Brandenburg. Es wird sich nun fragen, **welche Steuer** zahlt der **Auscultator Leviseur?**

Die Voss. Zeitung enthält unter den Eingesandts folgende Analyse:
Vincke, ein wahrer Held,
Held, ein wahrer Vincke.

Die unter der Ueberschrift „die eine Frage" der Nummer 272. dieser Zeitung beigefügte Beilage ist — wie zu bemerken unterlassen worden — ein Abdruck aus der Neuen Preuß. Zeitung gewesen.

Marktbericht. Posen, den 22. November.
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 21 Sgr. 1 Pf., auch 2 Rthlr. — Sgr. — Pf.; Roggen — Rtlr. 24 Sgr. 5 Pf., auch — Rtlr. 27 Sg. 9 Pf.; Gerste 22 Sgr. 3 Pf. auch — Rtl. 26 Sgr. 8 Pf.; Hafer 14 Sgr. 3 Pf., auch 16 Sgr. 11 Pf.; Buchweizen — Rtlr. 22 Sgr. 3 Pf., auch — Rtlr. 26 Sgr. 8 Pf.; Erbsen 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rtlr 5 Sgr. 7 Pf.; Kartoffeln 8 Sgr. — Pf., auch 9 Sgr. — Pf.; Heu zu 110 Pfd. 20 Sgr. — Pf. auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock 4 Rthlr. — Sgr., auch 4 Rtl. 10 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rtlr. 25 Sgr., auch 2 Rthlr.